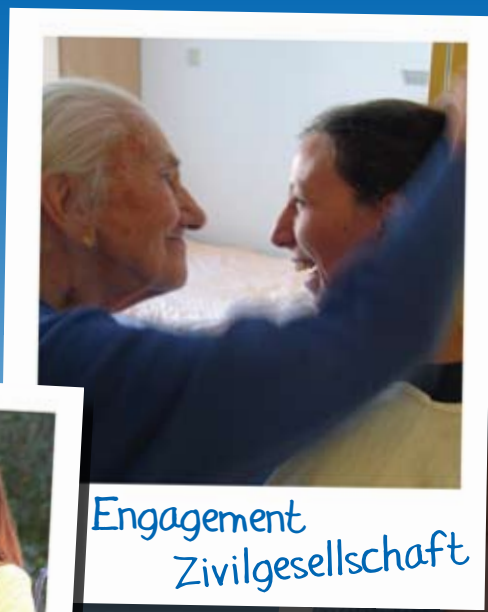
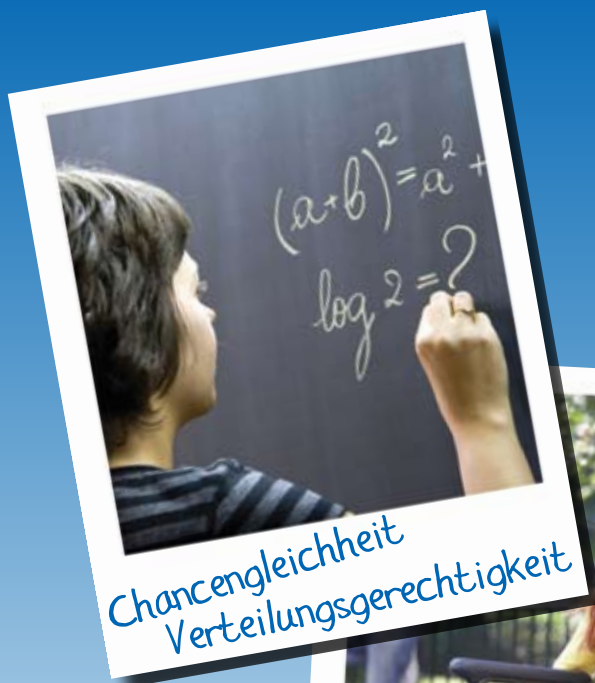


# Wahlen verändern



## Weil jeder gleiche Chancen braucht.

# Wahlen verändern

## Fragen des PARITÄTISCHEN an Parteien und Politik

### Präambel

Soziales Engagement und soziale Arbeit brauchen Unterstützung und Interessenvertretung. In seiner sozialanwaltlichen Funktion vertritt der PARITÄTISCHE mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange benachteiligter Menschen und fördert die Solidarität und das soziale Engagement für den anderen.

Ziel des PARITÄTISCHEN ist es, Ausgrenzung und Armut vermeiden zu helfen und Teilhabechancen zu eröffnen. Offenheit, Vielfalt und Toleranz zählen zu den Grundprinzipien der Arbeit des Verbandes.

Der PARITÄTISCHE will Freiräume für soziale Dienste schaffen und wendet sich gegen eine unnötige Bürokratisierung der sozialen Arbeit. Er steht für politische Maßnahmen, die auf die Förderung der Selbstbestimmung und die Herstellung von Rahmenbedingungen gerichtet sind, die den Ursachen von Benachteiligung entgegenwirken.

Der PARITÄTISCHE wirkt sozialanwaltschaftlich und artikuliert die Interessen von unterstützungsbedürftigen Menschen. Er trägt gleichzeitig aktiv zum Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen sozialen Infrastruktur bei. Mit seinen Mitgliedsorganisationen leistet er einen erheblichen Beitrag zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit gesundheitlichen, pflegerischen, erzieherischen und anderen Leistungen und bezieht die Bürger selbst in diesen Prozess ein.

Der PARITÄTISCHE versteht sich als Interessenvertreter und Dienstleister für alle, die Autonomie und Teilhabe stärken wollen. Die professionelle Erbringung von Leistungen unter Einbeziehung freiwillig Engagierter steht in keinem Widerspruch zu der Vertretung der Interessen unterstützungsbedürftiger Menschen. Im Gegenteil: Die Erfahrungen der Selbsthilfebewegung belegen, dass die Entwicklung von bedarfsgerechten Leistungsangeboten besonders erfolgreich ist, wenn sie von Betroffenen und freiwillig Engagierten mitgestaltet oder mitbetrieben werden.

Die wirtschaftliche, soziale und politische Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses gehört zu den Herausforderungen der Gegenwart. Der PARITÄTISCHE begrüßt und unterstützt die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes über die Grenzen hinweg. Europa als gemeinsamer Raum von Freiheit und Solidarität, von Sicherheit und Teilhabe ist eine Vision, zu deren Verwirklichung der PARITÄTISCHE beitragen will.

Getragen von der **Idee der PARITÄT**, d. h. der Gleichheit aller in ihrem Ansehen und ihren Möglichkeiten, getragen von den Prinzipien der Offenheit, Vielfalt und Toleranz will der PARITÄTISCHE Mittler sein zwischen Generationen und zwischen Weltanschauungen...

Der PARITÄTISCHE ist der Idee sozialer Gerechtigkeit verpflichtet, verstanden als das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Chancen zur Verwirklichung seines Lebens in Würde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Der PARITÄTISCHE fördert das soziale Engagement für den anderen und den Einsatz für die eigenen sozialen Belange. Er hilft den Betroffenen, ihre Interessen zu formulieren, vorzutragen und durchzusetzen.

Der PARITÄTISCHE vertritt mit seinen Mitgliedsorganisationen insbesondere die Belange der sozial Benachteiligten und der von Ungleichheit und Ausgrenzung Betroffenen oder Bedrohten.

Der PARITÄTISCHE wirkt auf eine Sozial- und Gesellschaftspolitik hin, die die Ursachen von Benachteiligung beseitigen, ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sachgerechte Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße soziale Arbeit schaffen.

Aus: Grundsätze der Verbandspolitik des PARITÄTISCHEN, 27. Oktober 1989

Artikel 20 des Grundgesetzes enthält das positive Bekenntnis zu Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Dieser Anspruch ist voraussetzungsvoll. Es beschreibt keinen Zustand, sondern ein Ziel, dem es sich anzunähern gilt. In vielen Bereichen kann davon derzeit keine Rede sein. Wir erleben heute eine Entwicklung, die in zu vielen Fällen nicht in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit, persönlicher Freiheit und individueller Teilhabe geht, sondern sich davon entfernt. Die Gleichstellung der Geschlechter, die Förderung einer kindergerechten Umwelt, die Herstellung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen, die Förderung der Selbstbestimmung und die Schaffung von Integrationsangeboten für Menschen mit Migrationshintergrund sind nur einige Bereiche, in denen der bestehende Handlungsbedarf offenkundig ist.

Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit, Teilhabe und Selbstgestaltung, Verantwortung und Solidarität, Engagement und Zivilgesellschaft – dies alles sind zentrale Prinzipien, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft begründen. Alle diese Prinzipien sind für sich genommen genauso unbestritten wie in der politischen Praxis uneingelöst. Der PARITÄTISCHE als Interessenvertreter, Dienstleister und Anwalt der von Armut und Ausgrenzung betroffenen und bedrohten Menschen kann und will sich damit nicht abfinden.

Die nachfolgenden Seiten enthalten keinen Forderungskatalog. Es geht vielmehr darum, auf die Kluft zwischen sozialstaatlichem Anspruch und gesellschaftlicher Wirklichkeit hinzuweisen und Fragen aufzuwerfen. Fragen, wie diese Kluft geschlossen werden kann und welche Alternativen und Möglichkeiten dazu am besten geeignet sind. Nicht zuletzt geht es darum, anhand konkreter Beispiele aus der praktischen Arbeit vor Ort zu zeigen, dass eine bessere Gestaltung des Gemeinwesens möglich ist, wenn der Wille zur Veränderung besteht.

Das Papier versteht sich als Einladung, Aufforderung und Beitrag zur Diskussion. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der besorgniserregenden Abnahme der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.



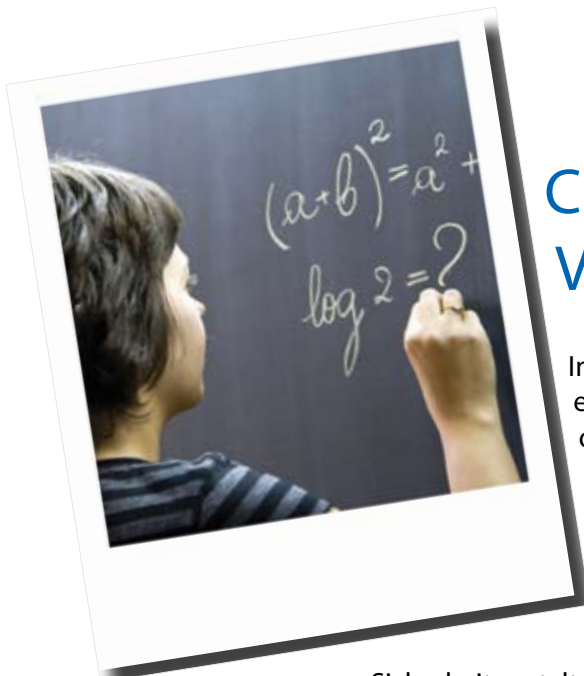
Die Beteiligung an den Bundestagswahlen ist seit 1998 rückgängig. Fast jeder vierte Wahlberechtigte blieb 2005 zu Hause. Das vorliegende Dokument soll deshalb Anregungen geben, sich zu engagieren.

Es liegt an uns, Anstöße zu geben und Fragen aufzuwerfen. Wir können und müssen Wahlen verändern – denn Wahlen verändern.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist **Dachverband** von über 10.000 eigenständigen Vereinen, Initiativen und Organisationen im Sozial- und Gesundheitsbereich und gehört damit zu den drei größten Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege in Deutschland. Der PARITÄTISCHE ist weder konfessionell noch parteipolitisch gebunden.

Zu den Arbeitsfeldern des PARITÄTISCHEN gehören nahezu alle Bereiche der sozialen Arbeit, u. a. Altenhilfe, Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Familienhilfen, Frauenarbeit, Flüchtlingshilfe, Humanitäre Hilfe, Gefährdetenhilfe, Psychosoziale Hilfen, Migration und Entwicklungszusammenarbeit. Eine bedeutende Rolle spielt zudem die Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen und ihrer Angehörigen sowie von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, Migrantinnen und Migranten, Mütterzentren, Elterninitiativen, Wohnungslosenprojekten und vielem mehr.

Insgesamt sind unter dem Dach des PARITÄTISCHEN mehr als eine Million Menschen bürgerschaftlich engagiert. Im PARITÄTISCHEN und seinen Mitgliedsorganisationen sind mehr als eine halbe Million Menschen hauptamtlich beschäftigt.



## Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit

Im ersten Absatz des ersten Paragraphen des Sozialgesetzbuches ist das Ziel formuliert, das Sozialrecht solle zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer

Sicherheit gestaltend beitragen. Dieser Anspruch ist bis heute uneingelöst. Schlimmer noch: Armut und Ungleichheit sind in den vergangenen Jahren in erschreckendem Ausmaß gewachsen. Die Kluft zwischen verschiedenen Gruppen wächst. Während die einen Millionenvermögen erben, erben andere Armut und Chancenlosigkeit.

Die Grundlage und das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft ist es, den Menschen eine gerechte Chance zu eröffnen, ihre persönlichen Ziele aus eigener Anstrengung zu erreichen. Von diesem Prinzip, welches sich über Jahrzehnte bewährt hat, wird heute faktisch Abschied genommen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist längst nicht verwirklicht. Zwischen den Regionen in Deutschland gibt es besorgniserregende Wohlfahrtsunterschiede.

Soziale Ungleichheiten nehmen zu. Insbesondere staatliche Schulen tragen häufig nicht dazu bei, soziale Unterschiede zu verringern. Sie verstärken sie häufig noch.

Für die Herstellung von Chancengleichheit unerlässliche Einrichtungen und Dienste – von Jugendhilfeeinrichtungen über die Suchtprävention oder Frauenhäuser bis hin zur Flüchtlingsberatung und psychosozialen Diensten – fallen Sparprogrammen zum Opfer. Auch die Gelder, mit denen derzeit die Folgen einer von Gier und Verantwortungslosigkeit getriebenen Spekulationstätigkeit gemildert werden sollen, können integrativen Institutionen fehlen.

Kinder und Jugendliche sind derzeit die am stärksten von Armut bedrohte Bevölkerungsgruppe. Insbesondere mit der Einführung von „Hartz IV“ hat sich ihr Armutsrisiko erheblich erhöht. Dass immer noch keine nachhaltigen Anstrengungen unternommen werden, dieses Problem zu lösen, ist ganz und gar unverständlich. Ein gesellschaftspolitischer Skandal sondergleichen ist es, wenn ein Bundessozialgericht die offenkundig willkürliche Festlegung der Kinderregelsätze für verfassungswidrig erklärt und die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages dennoch keine Initiative ergreift, um diesen Zustand zu ändern.

In anderen Bereichen hat die Sozialgesetzgebung der vergangenen Jahre dazu geführt, dass neue soziale Risiken entstanden sind. Altersarmut ist derzeit noch kein Massenphänomen. Sie ist jedoch durch die



Rentenreformen der vergangenen Jahre in Verbindung mit den zunehmend gebrochenen Erwerbsbiographien der neuen Rentengenerationen für einen wachsenden Personenkreis bereits vorprogrammiert. Dies gefährdet die Akzeptanz der Gesetzlichen Rentenversicherung und führt zu einer fortschreitenden Erosion des Leistungsniveaus, die mit wachsender Altersarmut einhergeht.

Auch die Steuerpolitik trägt nicht dazu bei, die wachsenden sozialen Gegensätze zu reduzieren. Während sich manches große Unternehmen rühmt, in Deutschland keine Steuern mehr zu zahlen, tragen gerade die schrumpfende Mittelschicht und auch einkommensarme Menschen über einen wachsenden Anteil von Verbrauchssteuern zur Finanzierung des Staatshaushaltes bei.



Die Folgen der Finanzkrise bewirken eine Sozialisierung von Spekulationsverlusten zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.

Ungleichheit, die ein gewisses Maß überschreitet, führt zu Unfreiheit. Gleiche Chancen für alle zu schaffen, Aufstiegsmöglichkeiten einzurichten und eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern, ist deshalb keine Einschränkung von Freiheit, sondern ein Beitrag zur Herstellung von Freiheit.

## SCHNAPPSCHÜSSE

- ➔ Nach Daten des Statistischen Bundesamtes ist die Chance, auf ein Gymnasium zu wechseln, für ein Kind aus einer oberen sozialen Schicht dreimal größer als die eines Arbeiterkindes.
- ➔ Rund 70.000 Jugendliche verlassen nach Angaben des Bildungsberichts jährlich die Hauptschule ohne Abschluss.
- ➔ 1,9 Millionen Kinder bis 14 Jahren (16 Prozent) leben derzeit in Haushalten, die auf Sozialgeld angewiesen sind.
- ➔ Der Regelsatz für leistungsbedürftige Kinder beträgt für die 0- bis 6-Jährigen 211 Euro, für die 6- bis 14-Jährigen 246 Euro. Nach Berechnungen des PARITÄTISCHEN müsste er 276 bzw. 332 Euro betragen, wenn tatsächlich alle Bedarfe wie für Bildung oder Spielzeug und auch die Preissteigerungsraten berücksichtigt würden.
- ➔ Alleinerziehende sind nach dem 3. Armutsbericht der Bundesregierung mit einer Quote von 36 Prozent gemessen am Anteil der Haushalte, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben, die am stärksten von Armut bedrohte Gruppe in Deutschland.
- ➔ Nach Hochrechnungen der PARITÄTISCHEN Forschungsstelle wird ab Mitte der 2020er Jahre bei gegebenen rechtlichen Grundlagen die Kaufkraft der Durchschnittsrente nicht mehr über der Kaufkraft der Altersgrundsicherung liegen.
- ➔ Nach Einschätzung der PARITÄTISCHEN Forschungsstelle wird die niedrige Quote der Bezieher von Altersgrundsicherung von derzeit 3,5 Prozent bis Mitte der 20er Jahre zwangsläufig auf über 10 Prozent steigen, wenn nicht politisch gegengesteuert wird.

## Halten Sie es mit den Prinzipien der Chancengleichheit und der Verteilungsgerechtigkeit für vereinbar...

- • • wenn in Deutschland schulische Aufstiegschancen nach wie vor entscheidend von der sozialen Herkunft abhängen?
- • • wenn Jahr für Jahr zig Tausend Jugendliche ohne Ausbildungsabschluss die Hauptschulen verlassen?
- • • wenn Kinder im Hartz-IV-Bezug mit gerade mal 211 bzw. 246 Euro im Monat auskommen sollen und ihnen Ausgaben für außerschulische Bildung, Nachhilfe oder Spielmaterial fast gänzlich vorenthalten werden?
- • • wenn gerade Alleinerziehende die am stärksten von Armut betroffene Gruppe in Deutschland sind?
- • • wenn die Einkommensarmut von Paarhaushalten mit Kindern zwischen 2002 und 2005 von 10 auf 19 Prozent zugenommen hat?
- • • wenn immer mehr Menschen trotz eines arbeitsreichen Lebens in die Einkommensarmut rutschen, weil nach den zurückliegenden Rentenkürzungen 36 Jahre Versicherungsbeiträge nach dem Durchschnittsverdienst eingezahlt werden müssten, wenn man auch nur eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten will?



# Der PARITÄTISCHE verändert...

## Kein Kind in Not alleine lassen – Verbundprojekt „Schwefelhölzchen“

Geschlagen vom Vater und gezwungen, in alten, zerrissenen Kleidern im Winter Schwefelhölzchen zu verkaufen, kauert ein kleines Mädchen unbeachtet in der Silvesternacht in einem Hauseingang. Die Menschen gehen achtlos an dem Mädchen vorbei und nehmen die Not, in der es sich befindet, nicht wahr. „Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzchen“ erfriert am Ende der Geschichte von Hans Christian Andersen.

Damit kein Kind in seiner Not schutz- und hilflos allein gelassen wird, haben sich in Gera viele Partner zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und ein kompaktes Angebot zur Hilfe und Unterstützung entwickelt. Das Projekt „Schwefelhölzchen“ greift die Lebenswirklichkeiten von armen Kindern mit all ihren Problemlagen in den Bereichen Gesundheit, Bildung sowie soziokulturelle Teilhabe auf. Das Angebot reicht vom Tagestreff des Schlupfwinkel und Sorgentelefon Gera e.V. für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren über Bildungsangebote für Eltern und junge Familien mit Säuglingen und Kleinkindern bis zur gemeinsamen Mittagessenzubereitung mit und für Kinder aus sozial benachteiligten Familien und verschiedenen Betreuung- und Beratungsangeboten.

Das Projekt ist sozialräumlich angelegt und über den Streetwork GERA e.V. ist das zugehende und aufsuchende Element gewährleistet. Darüber hinaus gehören zum Verbund: der Deutsche Kinderschutzbund – Stadtverband Gera e.V., die Thüringer Arbeitsloseninitiative – Soziale Arbeit e.V., der „Tischlein deck dich/Die helfende Hand“ e.V. und das Institut für angewandte Pädagogik e.V.

## Finanzdesaster zum Schulbeginn – Initiativen helfen

227,90 Euro kostet nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerks die Grundausrüstung eines Kindes für die erste Schulklasse. Zu viel für Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen oder von einem ähnlich geringen Einkommen leben müssen. Seit der Einführung von Hartz IV stürzt der Schulstart der Kinder viele Familien in ein Finanzdesaster. Zum Schuljahresbeginn 2008 sorgte daher eine Vielzahl von Initiativen, die Kinder aus benachteiligten Familien mit Materialspenden oder Gutscheinen für Schulmaterial unterstützen, für Schlagzeilen.

## Lernort ohne Klassenzimmer – die Kasseler Produktionsschule BuntStift

15 bis 20 Bewerbungen für einen Ausbildungsplatz hat Heiko schon geschrieben – alle erfolglos. Eine Erfahrung, die der 17-Jährige mit vielen der 50 Jugendlichen in der Produktionsschule BuntStift teilt. Jugendliche, die aus vielfältigen Gründen noch keine Vorstellung für ihre Zukunft nach der Schule entwickelt oder auf dem Arbeitsmarkt wenig Chancen haben: weil sie psychische Probleme haben, aus schwierigen Verhältnissen kommen, Kinder mit Migrationshintergrund sind oder die Schule abgebrochen haben.

Martin Mertens studierte noch, als er 1982 gemeinsam mit Ulli Wolkowski an der Universität Kassel das Projekt „Alternativen in der Berufsbildung“ initiierte. Zehn Jahre später resultierte daraus die Gründung der ersten Produktionsschule in Deutschland. Die Produktionsschule ist ein Lernort, an dem die Jugendlichen erst einmal Fuß fassen können. Ein Lernort ohne Klassenzimmer, ohne festen Stundenplan, aber mit Aufgaben, an denen sie gut lernen können. Und mit der Möglichkeit, Berufserfahrungen in sechs Arbeitsbereichen zu machen: im Büro, der Metall- oder Holzwerkstatt, den Arbeitsfeldern Mediengestaltung und Elektro/Umwelt- und Gebäudedienstleistungen sowie Recycling, Gastronomie und Hauswirtschaft.

[www.buntstift-kassel.de](http://www.buntstift-kassel.de)

## Teilhabe und Selbstgestaltung



Arbeitslosigkeit ist mehr als ein Mangel an Einkommen. Wem die Chance genommen wird, den Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst und so weit wie möglich selbstbestimmt zu verdienen, Anerkennung im Beruf zu gewinnen und soziale

Kontakte aufzubauen, dem werden Möglichkeiten der Selbstgestaltung genommen. Die Folgen der unverschuldeten Arbeitslosigkeit gehen weit über den materiellen Mangel hinaus. Arbeitslosigkeit ist Ausgrenzung mit allen materiellen, psychischen und sozialen Konsequenzen.

Doch unsere Gesellschaft wird auch durch weitere Formen der Ausgrenzung vor eine soziale Zerreißprobe gestellt: Menschen mit Behinderungen werden trotz grundgesetzlichem Benachteiligungsverbot und Gleichbehandlungsgesetz nach wie vor diskriminiert und sehen sich immer wieder Vorurteilen ausgesetzt.

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt haben sie schlechte Karten. Hier bedarf es weiterer Anstrengungen im Sinne der Ziele, wie sie auch in der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen niedergelegt sind. Migrantinnen und Migranten tragen ein überproportionales Armutsrisiko und werden mit bürokratischen Schikanen konfrontiert – erfolgreiche Integrationspolitik sieht anders aus. Zwischen den Geschlechtern bestehen längst noch nicht die gleichen Chancen zur privaten und beruflichen Selbstverwirklichung und trotz des demographischen Wandels ist die altersgerechte Gestaltung des öffentlichen Raumes offenbar noch immer kein allgemeines Anliegen.

Das Bewusstsein, dass qualitativ hochwertige Pflegeleistungen und an den Bedürfnissen der Menschen angepasste Dienst-

leistungen, wie sie im PARITÄTISCHEN erbracht werden, einer auskömmlichen Finanzierung bedürfen, scheint in der Politik häufig unterentwickelt zu sein. Angesichts weiter steigender Ausgaben für den Bereich der Eingliederungshilfe und zu erwartender enger werdender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen der Sozialhilfeträger erwartet der PARITÄTISCHE, dass sich die Ausgestaltung des Leistungsrechts zum SGB IX nicht an Vorgaben der kommunalen Leistungsträger orientiert.

Ausgrenzung ist kein Schicksal, sie lässt sich vermeiden. Teilhabemöglichkeiten zu organisieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, ist einer der wesentlichen Schwerpunkte der Arbeit des PARITÄTISCHEN und seiner Mitgliedsorganisationen. Er will damit dazu beitragen, es jedem Einzelnen zu ermöglichen, sich individuell in Würde frei zu entfalten. Dazu gehört, dass er die Prinzipien von gegenseitigem Respekt und Toleranz einfordert, die Beseitigung von Barrieren und sozialen Schranken betreibt und gesellschaftliche Vielfalt nicht als Makel, sondern als Bereicherung empfindet.

Teilhabe und Freiheit sind im Verständnis des PARITÄTISCHEN eng verbunden. Dabei versteht der PARITÄTISCHE Freiheit nicht nur negativ – als Freiheit *von* etwas –, sondern weitergehend als Freiheit zur Selbstgestaltung und Glück.

Für die Gestaltung der Gesellschaft ist das Subsidiaritätsprinzip daher von bleibender Aktualität. Der mit dem Subsidiaritätsprinzip in der Verfassung verankerte Vorrang von privatem vor staatlichem Handeln sichert Freiheit, Vielfalt und Teilhabe. Doch der Staat muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die nächst kleinere Einheit ihrer Aufgabe nachkommen kann. Das heißt: Die Instanzen, die näher am Menschen sind – im Idealfall die Bürgerinnen und Bürger selbst – müssen zur Gestaltung ihrer Lebenswelten befähigt werden.



Subsidiarität verpflichtet die Politik, ihren Teil dazu beizutragen, die Grundlagen für gesellschaftliche Wohlfahrt und individuelle Teilhabe zu sichern. Sie verpflichtet zum Abbau von Barrieren und überflüssiger Bürokratie. Sie gebietet die Anerkennung von Vielfalt und die Förderung von Eigeninitiative. Und Subsidiarität bedeutet auch eine Verpflichtung des Staates, immer dann helfend zur Seite zu stehen, wenn die gesellschaftlichen Ziele nicht in anderer Weise erreicht werden können.

Wir erleben heute, dass sich die Teilhabechancen nicht verbessern, sondern verschlechtern – in viel zu vielen Bereichen, zu Lasten viel zu vieler Menschen.

Das muss sich ändern.



## SCHNAPPSCHÜSSE

- ⇒ 6,7 Millionen Menschen in 3,5 Millionen Haushalten waren im Frühjahr 2009 auf „Hartz IV“ angewiesen.
- ⇒ Zwischen 2005 und 2007 bezogen nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rund 80 Prozent aller Betroffenen zwölf Monate und länger ununterbrochen „Hartz IV“, knapp die Hälfte war sogar bereits seit drei Jahren im „Hartz IV“-Bezug.
- ⇒ Im Jahr 2007 waren durchschnittlich 17,7 Prozent der 25- bis 64-Jährigen Erwerbspersonen mit einfachem Bildungsniveau (ohne Berufsausbildung) arbeitslos. Die Arbeitslosenquote der höher Qualifizierten lag dagegen lediglich bei 3,7 Prozent.
- ⇒ Die Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten liegt seit Jahren deutlich über der allgemeinen Arbeitslosenquote (2007: 16,6 Prozent bei den Schwerbehinderten, 10,1 Prozent allgemein).
- ⇒ Von den 6,8 Millionen schwerbehinderten Menschen in Deutschland, machten nach Angaben des Arbeitsministeriums nur rund 10.000 Menschen mit Behinderung von der neuen Möglichkeit des persönlichen Budgets Gebrauch.
- ⇒ 2008 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern im Jahresdurchschnitt bei 18,1 Prozent, bei Deutschen dagegen bei 8,0 Prozent.
- ⇒ Menschen mit Migrationshintergrund sind mit 28 Prozent die nach den Alleinerziehenden (36 Prozent) am zweithäufigsten von Armut gefährdete Bevölkerungsgruppe.

## Halten Sie es mit den Prinzipien der Teilhabe und Selbstgestaltung für vereinbar...

- • • wenn Hartz IV für rund die Hälfte der Betroffenen keine Integration in den ersten Arbeitsmarkt, sondern ein perspektivloses Abstellgleis darstellt?
- • • wenn der Anteil junger Erwachsener bis 24 Jahren ohne Schulabschluss in den letzten zehn Jahren nach Angaben des Armutsberichts der Bundesregierung von 2,1 auf 2,4 Prozent gestiegen ist?
- • • wenn schwerbehinderte Menschen nach wie vor ein deutlich höheres Arbeitslosigkeitsrisiko tragen als der Durchschnitt der Erwerbstätigen?
- • • wenn mangelnde Beratung und Unterstützung, diffuse Zuständigkeitsregelungen und intransparente Bemessungssysteme Menschen mit Behinderung davon abhalten, das persönliche Budget in Anspruch zu nehmen, das ihnen eigentlich ein höheres Maß an Teilhabe und Freiheit ermöglichen sollte?
- • • wenn Ausländern, auch dann, wenn sie seit langen Jahren in Deutschland leben und ihre Steuern zahlen, nicht einmal das kommunale Wahlrecht zugestanden wird?
- • • wenn junge Erwachsene, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, in zum Teil schwierigste familiäre und Identitätskrisen gestürzt werden, weil sie sich für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen?



# Der PARITÄTISCHE verändert...

## „Ausbilden ist Zukunft“ – Projekt gegen Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel

Die Möglichkeiten von Vereinen und Unternehmen, innerhalb der Gesundheits- und Sozialbranche duale Ausbildungsplätze zu schaffen, werden nach wie vor nicht ausgeschöpft. Gründe: Finanzielle Vorbehalte, schlechte Erfahrungen sowie Unkenntnis über staatliche Förderungen und Kooperationsmodelle. Dabei kann kaum eine andere Branche in Zukunft so vom demografischen Wandel profitieren. Voraussetzung: Es gibt genügend qualifiziertes Fachpersonal. Der Paritätische Nordrhein-Westfalen unterstützt Betriebe beim Aufbau und bei der Entwicklung von Ausbildungsstellen. Für den Paritätischen ist es wichtig, dass Jugendliche durch Ausbildung eine Chance erhalten. Aber auch, dass die Mitgliedsorganisationen durch gut ausgebildetes Fachpersonal vorbereitet sind auf zukünftige Anforderungen.

[www.ausbilden-ist-zukunft.de](http://www.ausbilden-ist-zukunft.de)

## Kompetenzzentrum Persönliches Budget: Aus Klienten werden Kunden

Nach den neuen Regelungen im Sozialgesetzbuch (SGB IX, XI und XII) können Menschen mit gesetzlichen Hilfeansprüchen bereits jetzt ein individuell berechnetes Persönliches Budget bekommen. Mit diesem Geld oder mit Gutscheinen sind sie dann – oder Angehörige und Betreuer – in der Lage, selbst die erforderlichen Hilfen auszuwählen, ihre Gestaltung mitzubestimmen und zu bezahlen. Die Idee: Aus Klienten sollen Kunden werden, die durch ihre Selbstzahlerrolle mehr Einfluss auf Art und Weise der Hilfe haben.

Die neuen Regelungen werfen sowohl für die Budgetnehmer als auch für die Leistungsanbieter viele Fragen auf. Behinderte oder pflegebedürftige Menschen sehen sich plötzlich in der Rolle, selbst verantwortlich zu sein für die Organisation ihrer lebensnotwendigen Hilfen. Und den Trägern sozialer Dienste und Einrichtungen stellen sich neue Anforderungen an die Personalplanung, an die Preisgestaltung und an das Marketing. In dieser Umbruchssituation hilft das PARITÄTISCHE Kompetenzzentrum Persönliches Budget bei der Suche nach fachlich angemessenen und wirtschaftlich tragfähigen Lösungen.

[www.budget.paritaet.org](http://www.budget.paritaet.org)

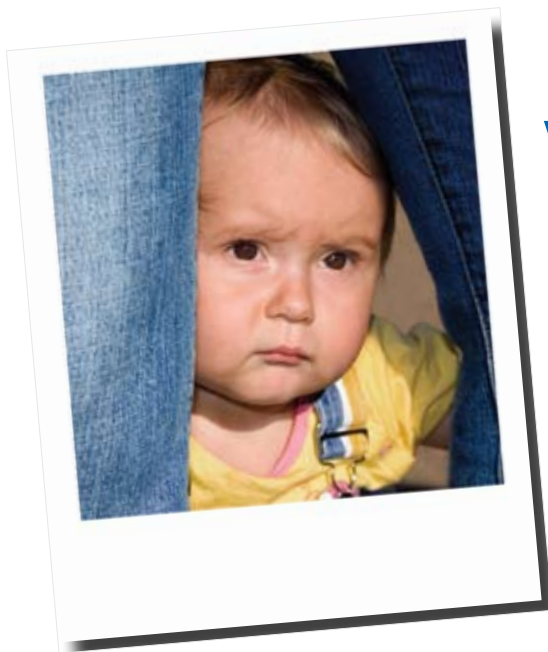
## Wie eine Reise durch die Welt: infrau stärkt Teilhabe von Migrantinnen

Die Kurse von infrau sind wie eine Reise durch die Welt: In das Interkulturelle Beratungs- und Bildungszentrum in Frankfurt kommen Frauen aus 60 verschiedenen Nationen. Bei Gründung in den 1980er Jahren waren es vor allem Marokkanerinnen und Frauen aus der Türkei, später viele Afrikanerinnen, dann verstärkt Frauen aus Indien, Bangladesch und Sri Lanka, aber auch Südamerikanerinnen und Frauen aus Osteuropa.

Migrantinnen lernen bei infrau nicht nur Deutsch und allerlei Wissenswertes über Deutschland, seine Kultur, Bürokratie und den Arbeitsmarkt – während ihre Kinder bei Bedarf von einer Erzieherin betreut werden. Das Angebot wird an den Bedarfen der Besucherinnen ausgerichtet und stetig weiterentwickelt. So gibt es nicht nur Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskurse, sondern auch Elternkurse für Migrantinnen und einen offenen Treff, bei dem die Frauen zusammen kochen, Freundschaften schließen, Wissenswertes über Mutter-Kind-Kuren oder Angebote für Schwangere erfahren und gemeinsam Ausflüge planen.

Seit 1998 ist der Verein auch in der Arbeit mit Seniorinnen aktiv und hat sich damit zu einer Art Mehrgenerationenhaus entwickelt. Zur Zeit wird an dem Ausbau der Angebote zur beruflichen Integration von Mädchen und Frauen gearbeitet.

[www.infrau.de](http://www.infrau.de)



## Verantwortung und Solidarität

Deutschland profitiert nach wie vor in vielerlei Hinsicht von den tradierten Strukturen des einstmals ausgesprochen leistungsfähigen sozialen Sicherungssystems. Dessen Grundprinzip bestand zu Recht darin, dass

die Leistungsfähige(re)n für die weniger Starken mit einstehen. Jedem sollte notwendige Hilfe zugänglich sein. Tatsächlich entwickelt sich das Gesamtsystem mehr und mehr zu einer Solidarität der Schwachen untereinander. Die wirtschaftlich Starken können aus dem System flüchten, indem sie sich beispielsweise privat krankenversichern. Das ist im Regelfall sogar billiger, weil die sogenannten „schlechten Risiken“ sehr viel häufiger in den unteren Einkommenschichten anzutreffen sind.

Die zunehmend unsolidarische Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme resultiert dabei aus bewussten politischen Entscheidungen: So etwa die schleichende Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Sozialversicherungen, was in der Krankenversicherung am deutlichsten zutage tritt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zunehmend einseitig belastet. Gleichzeitig läuft ein Prozess der Reduzierung von Leistungen: die Bereiche, in denen Zuzahlungen der Versicherten verlangt werden, werden ausgeweitet, die Zuzahlungen selbst steigen – während der Leistungskatalog schrumpft. Individuelle Risiken von der Gesundheit bis hin zur Alterssicherung werden sukzessive privatisiert, Leistungen der Pflegeversicherung werden gedeckelt und die Finanzierung sozialer Arbeit wird nach und nach entwertet.

Das Phänomen der unsolidarischen und ungerechten Verteilung von Lasten und Nutzen spiegelt sich dabei auch in den steuerfinanzierten Systemen wider: Während gut verdienende Eltern vom steu-

erlichen Kinderfreibetrag profitieren, der eine Steuerersparnis von bis zu 210 Euro im Monat bringt, steht Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen nur das deutlich geringere Kindergeld zu. Hartz IV-Empfänger mit Kindern schließlich gehen ganz leer aus – denn das Kindergeld wird ihnen auf ihre Leistungen zu 100 Prozent angerechnet. Diese Drei-Klassen-Ungleichbehandlung von Familien lässt sich weder rechtfertigen noch dulden.

Ob Familienleistungsgesetz, Pflegeversicherung, Reform der Rentenversicherung oder des Gesundheitssystems: immer neue Reformen, die einander fast jährlich ablösen, werden veranlasst. Faktisch setzen sich aber die beschriebenen Entwicklungen weiter fort. Es ist nicht erkennbar, dass sich die Politik mit einer Reform, die diesen Namen verdient hätte, zugunsten von mehr Solidarität und mehr Gerechtigkeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wirklich durchsetzen kann und will.

Der PARITÄTISCHE übernimmt an dieser Stelle Verantwortung und nimmt eine Schutzfunktion wahr, indem er dazu beiträgt, Menschen bedarfsgerecht zu versorgen und Solidarität herzustellen. Ob es der Betrieb von Frauenhäusern, die Versorgung von Flüchtlingen oder die Pflege ist – bei all diesen Beispielen geht es um die solidarische Versorgung hilfebedürftiger Menschen. Aber: Der hilfebedürftige Mensch ist dabei niemals Objekt der sozialen Arbeit, sondern mitgestaltendes Subjekt. Umso bedeutender ist die Rolle der Selbsthilfe und der Selbstorganisation der Betroffenen. Gerade unter dem Dach des PARITÄTISCHEN haben sich zahlreiche Dienste und Einrichtungen zusammengeschlossen, die unmittelbar aus der Selbsthilfe heraus entstanden sind.

Nicht nur das Motiv der Selbsthilfe, sondern gerade auch der Gedanke der Verantwortung für und die Solidarität mit den Schwachen und sozial Benachteiligten prägen das Selbstverständnis des PARITÄTISCHEN.

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen, die Verwirklichung dieser Prinzipien zu stärken. Der PARITÄTISCHE mit seiner lokalen Verwurzelung und seiner Praxisnähe hat dabei eine besondere sozialanwaltschaftliche Verpflichtung. Dazu gehört auch, solidarisches und verantwortliches Handeln auch und gerade von den politischen Entscheidungsträgern einzufordern.



## SCHNAPPSCHÜSSE

- ⇒ Nach Daten des 3. Armutsberichtes der Bundesregierung sind Männer in Einkommensarmut fünfmal so häufig gesundheitlich beeinträchtigt wie Männer aus höchsten Einkommensgruppen. Auch bei Frauen lag die Quote etwa dreimal so hoch.
- ⇒ Nach dem Kinder- und Jugendsurvey des Robert-Koch-Instituts aus 2007 wiesen lediglich 32 Prozent der Kinder mit niedrigem Sozialstatus einen sehr guten Gesundheitszustand aus, während es bei Kindern mit hohem Sozialstatus 48 Prozent waren.
- ⇒ 15 Millionen Kinder in Haushalten mit mittlerem oder niedrigem Einkommen erhalten das Kindergeld, während drei Millionen Kinder in besser verdienenden Haushalten von der günstigeren steuerlichen Kinderfreibetragsregelung profitieren.
- ⇒ Derzeit sind rund 2,1 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Davon lebt rund ein Drittel in Pflegeeinrichtungen, zwei Drittel werden in Privathaushalten gepflegt.
- ⇒ Nach Angaben des Medizinischen Dienstes der Kassen Westfalen-Lippe ist etwa jeder dritte Pflegebedürftige an Demenz erkrankt.
- ⇒ Jede vierte Frau im Alter von 16 – 85 Jahren hat im Verlauf ihres Lebens mindestens einmal körperliche und/ oder sexuelle Übergriffe durch einen Beziehungspartner erlebt.
- ⇒ Von den mindestens 32 Millionen Flüchtlingen weltweit halten sich lediglich 4 Millionen in Europa auf, mehr als 10 Millionen in Afrika.
- ⇒ Die meisten der 204.000 in den alten EU-Staaten gestellten Asylanträge im Jahr 2007 wurden von irakischen Staatsangehörigen gestellt.
- ⇒ Setzt man die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge in Relation zu der Bevölkerungsgröße, so haben die meisten europäischen Staaten mehr Asylbewerber zu verzeichnen als Deutschland (0,2 pro 1000 Personen der Gesamtbevölkerung).

## Halten Sie es mit den Prinzipien der Verantwortung und Solidarität für vereinbar...

- • • dass es bei zunehmender Belastung unseres Gesundheitssystems für einkommensstarke Patienten möglich ist, aus der Gesamtsolidarität auszuscheren und in ein privates System mit besseren Risiken und besserer Versorgung zu wechseln?
- • • dass die Chancen gesund aufzuwachsen für Kinder je nach Einkommenssituation der Eltern nach wie vor höchst ungleich verteilt sind?
- • • wenn der Staat Kindern aus reichen Familien eine stärkere finanzielle Unterstützung zukommen lässt als Kindern mit Familien in mittleren oder niedrigen Einkommen?
- • • wenn von Gewalt betroffene Frauen keinerlei Rechtsanspruch auf Zuflucht in ein Frauenhaus haben – unabhängig von ihrem Wohnort oder ihrem Aufenthaltsstatus?
- • • dass bei zunehmender Zahl von demenzkranken alten Menschen die Demenz allein noch immer keine Pflegestufe begründet und auch die Zeit für die Beaufsichtigung und soziale Betreuung dieser Menschen in der Pflegevergütung keine Rolle spielt?
- • • wenn nach wie vor Menschen, die mit ihren Familien und Kindern lange Jahre schon als geduldete Flüchtlinge in Deutschland leben, ein fester Aufenthaltsstatus und damit eine Perspektive und Sicherheit verwehrt werden?
- • • wenn die Aufnahme und der Schutz von Flüchtlingen nach wie vor den Ländern der Dritten Welt überlassen werden, während die Länder der EU ihre Grenzen mehr oder weniger „dicht machen“?



## Der PARITÄTISCHE verändert...

### Zeit schenken: Entlastung für pflegende Angehörige von Menschen mit Demenz

Die Pflege eines demenzkranken Angehörigen verlangt Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft. Die Helferinnen und Helfer der Angehörigenberatung Nürnberg e.V. entlasten die pflegenden Angehörigen, indem sie die Erkrankten stundenweise zu Hause (und manchmal auch im Heim) beschäftigen und beaufsichtigen. Die Angehörigen nutzen die Zeit für wichtige Termine, Behördengänge, Einkäufe oder zur Kontaktpflege und Entspannung. Doch die Angehörigenberatung bietet mehr: In verschiedenen Gesprächsgruppen können sich die Betroffenen mit Menschen austauschen, die in einer ähnlichen Situation leben, sie können ihre eigene Belastung ansprechen, einmal miteinander lachen oder nur zuhören. Die Gruppenleitung bringt immer wieder aktuelle Informationen rund um das Thema Demenz, Alzheimer-Krankheit u. a. ein. Parallel zu den Gesprächsgruppen am Nachmittag findet selbstverständlich jeweils eine Betreuungsgruppe für demenzkranke Menschen statt.

[www.angehoerigenberatung-nbg.de](http://www.angehoerigenberatung-nbg.de)

### Mit „BIS“ für die Belange der Menschen in der Altmark-Bürgerinitiative Stendal e. V.

Die Altmark ist eine ländliche Region in Sachsen-Anhalt, die von einem dramatischen Bevölkerungsrückgang, schwacher wirtschaftlicher Infrastruktur und zunehmender Arbeitslosigkeit geprägt ist. Viele Junge Menschen sehen hier keine Zukunftsperspektiven und verlassen die Region. Die Bürgerinitiative Stendal versteht sich als Gemeinschaft, in der Menschen in ihrer freien Zeit und selbst organisiert denjenigen Dienstleistungen zukommen lassen, die Hilfe im täglichen Leben benötigen. Wenn sie selbst Hilfe benötigen, können sie die Angebote der Einrichtung nutzen. Dazu gehören: Begleit- und Einkaufsdienste, Kleinstreparaturen aller Art, Haushalts- und Gartenhilfe, Hausaufgabenhilfe, Kinderbetreuung, Tagesbetreuung von Demenzkranken u.v.m. – alles im Sinne einer breit vernetzten generationsübergreifenden Nachbarschaftshilfe für Jung und Alt. Wer die Dienstleistung in Anspruch nimmt, bezahlt diese zu einem günstigen Preis oder mit einer eigenen (Gegen-)Dienstleistung. Die Dienstleistenden haben die Wahl der geldlichen Vergütung oder sparen sie sich als Zeitgutschrift für später auf. Die Idee verbindet neben freiwilligen Helfern auch Kooperationspartner und Sponsoren aus der Wirtschaft, Handwerk und Handel. Der Verein betreibt ein Generationscafé und eine Tagesstätte für Demenzkranke. Die Bürgerinitiative Stendal wurde mit dem Preis „Soziale Stadt 2008“ und dem Preis der Hertie-Stiftung für Engagement und Selbsthilfe 2008 ausgezeichnet.

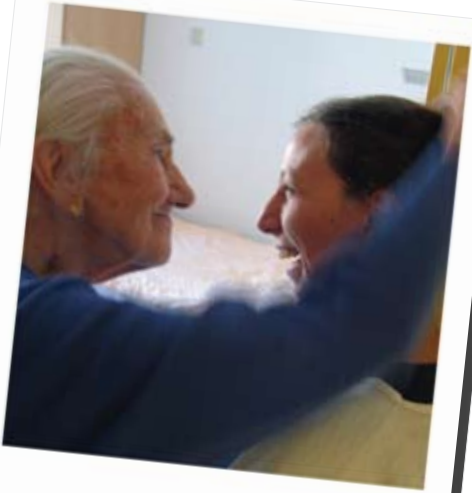
[www.bisev.de](http://www.bisev.de)

### Wahlverwandtschaft: Paten für Kinder aus (Ein-Eltern-)Familien

Patenschaften sind geeignet, Kinder und Familien hier vor Ort zu unterstützen – als eine besondere Form solidarischer Nachbarschaftshilfe, als eine neue Art des Familienlastenausgleichs, bei dem Freiwillige ohne eigene Kinder sich für den Nachwuchs anderer Familien engagieren. Wenn biffy Berlin – Big Friends for Youngsters e.V. Patinnen und Paten vermittelt, dann treffen freiwillig engagierte Erwachsene ihr Patenkind regelmäßig für einige Stunden. Bei gemeinsamen Aktivitäten, ob Fußball spielen, Kuchen backen, Fahrrad reparieren oder Schulfrust bereden, lernt man sich kennen. Wenn alles gut geht, wird jeder zu einer festen Größe im Leben des anderen – eine Wahlverwandtschaft ist entstanden. Zurzeit begleitet der Berliner Verein rund 80 Patenschaften, laufend kommen neue hinzu. Die Freiwilligen, die sich melden, sind meist zwischen 35 und 55 Jahre alt und (noch) kinderlos – aber bereit, ein Stück Verantwortung für ein Kind zu übernehmen.

[www.biffy-berlin.de](http://www.biffy-berlin.de)

## Engagement und Zivilgesellschaft



Der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, ihre Umwelt selbst zu gestalten, ist unverändert hoch. Bürgerinitiativen, Bürgervereine und Bürgerentscheide zeigen, dass Menschen, wenn es darauf ankommt, bereit sind, Verantwortung zu

übernehmen. Es zeigt auch, dass das Subsidiaritätsprinzip – nach dem sich der Staat so wenig wie möglich, aber soviel wie nötig in die Belange der Gesellschaft einmischen soll – von bleibender Aktualität ist.

Entgegen dem Tenor vieler Sonntagsreden erfährt dieses Engagement häufig keine Unterstützung durch die Politik. Im Gegenteil: Die jenseits des gewünschten Engagements von Bürgern in der Freiwilligen Feuerwehr, in Kultur- und Sportvereinen oder Krankenhausbesuchsdiensten entstehenden neuen Formen treffen auf Widerstand; insbesondere, wenn sie von Politik und Verwaltung direktdemokratische Beteiligungsrechte einfordern, sich bspw. über Bürgerentscheide ins politische Geschäft einmischen, wenn sie eigene Ideen jenseits des Geplanten entwickeln oder einfach nicht den Instanzenweg einhalten. Es gibt deshalb noch Einiges zu tun – vor allem in den Köpfen. Der Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger muss künftig stärker einbezogen werden.

Damit Bürger sich engagieren, müssen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Einen Stadtteil oder gar einen ganzen Ort bringt man nicht in Bewegung, indem man an die Moral der Bürger appelliert.

Sogar Initiativen, die von Bürgern selbst ausgehen, brauchen „Kristallisationskerne“, die Orientierung und Koordination ermöglichen. Hier leisten die Wohlfahrtsverbände wertvolle Hilfe, denn sie wissen, wie das „politische“ Geschäft läuft. Sie sind Experten

in Sachen Vernetzung oder demokratischer Meinungsbildungsprozesse sowie im Umgang mit Medien. Und sie bringen die notwendige „Gelassenheit“ mit, denn häufig kommt es auf Moderationskompetenz und die „richtigen“ Verbindungen an, um einem Anliegen Gehör verschaffen zu können.

Menschen, die sich für ihre Mitmenschen, für ihr Gemeinwesen verantwortlich fühlen und dabei ernst genommen werden, sind viel weniger anfällig für extremistisches Gedankengut, das sich in unseren Ländern leider auch breit macht. Bürgerschaftliches Engagement fördert das Eintreten für die Demokratie, schärft die Wahrnehmung und stärkt Achtung und Toleranz gegenüber anderen und anders Denkenden. Auch deshalb hat der Ausbau der Bürgergesellschaft hohe Priorität!





Engagement und Verantwortung werden regelmäßig beschworen. Vor Ort fehlt es dann jedoch allzu häufig an der notwendigen Unterstützung der Vereine und Initiativen. Häufig werden ihnen Aufgaben übergeben, ohne dass die Finanzierung gesichert ist. Das Konnexitätsprinzip, welches seitens der öffentlichen Verwaltung reklamiert wird, wird gegenüber den freigemeinnützigen Organisationen nur allzu häufig vernachlässigt.

Der Freiwilligensurvey, ein statistischer Bericht des Familienministeriums über freiwilliges Engagement in Deutschland, hat eindrucksvoll die Bedeutung der örtlichen Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement der Menschen belegt.

Gerade auch Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenbüros und die Träger von Jugendfreiwilligendiensten sind kein Appendix sozialer Infrastruktur, sondern notwendige Stellen der Koordination, aber gerade auch der Ermunterung und der öffentlichen Interessenvertretung der Freiwilligen.



Bürgerschaftliches Engagement wächst nicht von selbst, sondern beruht auf Voraussetzungen, die nicht aus sich selbst heraus entstehen.

Der PARITÄTISCHE fördert und unterstützt bürgerschaftliches Engagement und setzt sich für die Verbesserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements ein!

## SCHNAPPSCHÜSSE

- ⇒ Der Anteil der freiwillig Engagierten an der Bevölkerung ab 14 Jahren ist laut Freiwilligensurvey zwischen 1999 und 2004 von 34 auf 36 Prozent gestiegen
- ⇒ Von 26 auf 32 Prozent stieg der Anteil derer, die durchaus bereit wären, sich freiwillig zu engagieren.
- ⇒ Nach qualifizierten Schätzungen des Paritätischen Gesamtverbandes sind unter seinem Dach über 1,1 Millionen Menschen freiwillig engagiert, davon über 5.000 junge Menschen in den 12-monatigen Freiwilligendiensten.
- ⇒ Experten schätzen rund drei Millionen Menschen, die in rund 70.000 Selbsthilfegruppen aktiv sind.
- ⇒ Über 300 Selbsthilfekontaktstellen vermitteln derzeit in ganz Deutschland Kontakte zu Selbsthilfegruppen.
- ⇒ Über 250 Freiwilligenagenturen unterstützen derzeit Menschen bei der Suche nach einem passenden Betätigungsfeld und helfen Organisationen vor Ort, Freiwillige zu finden.

## Welchen Beitrag können Sie zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft leisten...

- • • damit engagierte Menschen nicht nur mitmachen, sondern im Sinne zivilgesellschaftlicher Partizipation auch tatsächlich mitgestalten können?
- • • damit die Prinzipien der Mitbestimmung und Selbstgestaltung vor allem auch in Schulen gestärkt werden können und mehr Bürgerschulen entstehen?
- • • damit neben den formalen parlamentarischen und kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen auch die vielfältigen Formen der Bürgerbeteiligung eine stärkere Förderung erfahren?
- • • damit die Jugendfreiwilligendienste ihrem Bedarf gemäß ausgebaut werden können ?
- • • damit die wichtigen Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen wenigstens mittelfristig gesicherte Finanzierungsperspektiven erhalten?



# Der PARITÄTISCHE verändert...

## Projekt „DadA – Demokratie auf dem Acker“

Gerade in den neuen Bundesländern macht sich zunehmend ein gewisser „Demokratiefrost“ breit. Für den PARITÄTISCHEN Thüringen und das Bildungswerk BLITZ e. V. Grund genug, seit September 2007 das gemeinsame Projekt „DadA – Demokratie auf dem Acker“ voranzutreiben. DadA, entwickelt im Rahmen des Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT“, steht für ein Mehr an Partizipation von Kindern. In einem Netzwerk von Kindern, Eltern, Lehrern, Engagierten und politisch Verantwortlichen werden Beteiligungsformen ausprobiert, die Kinder ermutigen, in ihrer Region Verantwortung zu übernehmen und demokratische Kultur unter Beteiligung aller Generationen zu stärken. Unter dem Motto „Mit meinem Engagement meine Region verändern, ich weiß auch wie und mit wem.“ leisten Kinder im ländlichen Raum ihren Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung des Gemeinwesens. Ob Mitbestimmung und -gestaltung in der Schule oder die Abstimmung im Gemeinderat zum Thema „Ein Bauwagen für uns im Dorf“ und die anschließende, eigenständige Umsetzung des Vorhabens – Kinder können das nicht nur, sie wollen das auch. Mit Blick auf die in den vergangenen Jahren weggebrochenen Angebote für Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum, wird die Chance der Kinder auf Teilhabe und Mitgestaltung am gesellschaftlichen Leben zwingend, wenn Politik und Verwaltung an der Umsetzung familienfreundlicher Kommunen arbeiten wollen.

[www.bildungswerk-blitz.de](http://www.bildungswerk-blitz.de) → Projekte → DadA - Demokratie auf dem Acker

## Ohne Rassismus – mit Courage: Babel e. V. übernimmt Patenschaft für Schule

Babel ist der hebräische Name für Babylon, für den Verein ein Symbol, dass es möglich ist, trotz sprachlicher und kultureller Unterschiede den Alltag gemeinsam zu gestalten. Dies praktiziert der Verein in seinem interkulturellen Stadtteilzentrum im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Angehörige von 15 Nationalitäten wirken für den Verein im Haupt- und Ehrenamt. Die Projekte von Babel e. V. wenden sich an Kinder und Jugendliche, deren Eltern und das pädagogische Personal in Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Dreimal wurde auf das Zentrum ein Brandanschlag verübt. Vielfach wurde es mit Hakenkreuzen beschmiert. Dazu sagt der Geschäftsführer des Zentrums, Mekonnen Shiferaw, gebürtiger Äthiopier, in einem Zeitungsinterview: „Warum geben wir nicht auf? Es ist eine bedeutende demokratiefördernde Arbeit, die wir hier leisten. Die Menschen sollen verstehen, dass andere Kulturen die deutsche Kultur respektieren und dass das umgekehrt auch gilt. Deutschland kann nicht isoliert leben...Lernt von uns, wir lernen von euch.“

Babel e. V. hat eine Patenschaft übernommen für eine Oberschule in der Nachbarschaft, die erfolgreich darauf hingearbeitet hat, als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ anerkannt zu werden. Schule ohne Rassismus kann man nur werden, wenn mindestens 70 Prozent der Schüler, Lehrer und des technischen Personals der Schule dieser Verpflichtung ausdrücklich zustimmen. [www.haus-babylon.de](http://www.haus-babylon.de)

## Impressum

### Herausgeber:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
– Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13-14  
D-10178 Berlin  
Telefon +49 (0) 30 - 24636-0  
Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: [info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)  
Internet: [www.wahl.paritaet.org](http://www.wahl.paritaet.org)

### Inhaltlich Verantwortlicher gemäß Presserecht:

Dr. Ulrich Schneider

### Redaktion:

Joachim Rock, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband;  
Telefon +49 (0) 30 - 24636-303  
Telefax +49 (0) 30 - 24636-110

E-Mail: [grundsatz@paritaet.org](mailto:grundsatz@paritaet.org)

### Gestaltung:

Christine Maier, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband

### Bilder:

Titel: siehe S. 4, 8, 12, 16 © Fotolia: Yuri Arcurs (S. 3), Melinda Nagy (S. 4 oben), Philippe Minisini (S. 4 unten), Alexander Raths (S. 5), Yvonne Bogdanski (S. 6), Franz Pfluegl (S. 8, 9), philidor (S. 10), Maxim Malevich (S. 12), Pavel Losevsky (S. 13, 18), Artur Gabrysiak (S. 14), Thomas Nattermann (S. 16 unten), © pixelio: Gerd Altmann (S. 16 oben), © DLRG e. V. (S. 17)

1. Auflage, Juni 2009



Oranienburger Str. 13-14  
10178 Berlin

Tel. 030-2 46 36-0  
Fax 030-2 46 36-110  
[www.wahl.paritaet.org](http://www.wahl.paritaet.org)  
[info@paritaet.org](mailto:info@paritaet.org)